

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
15.11.2012, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Iko Chmielewski
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
	Lars Kühne
	Walter Langer
	Abbes Mahouachi
	Djure Meinen
	Alfred Müller
	Cornelia Papen
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Ingrid Schuster
	Steffen Schwärmer
	Jörg Weden
	Dorothea Weikert
Gleichstellungsbeauftragte:	Brigitte Kückens
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Meike Knop

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
- 3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 27.09.2012**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Neubesetzung von Ausschüssen (§ 71 Abs. 9 NKomVG)**
- 6 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 6.1 **Verwaltungsausschuss vom 18.10.2012 (nur TOP 9.1.1 und 7.1.1)**
- 6.1.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 10.10.2012**
- 6.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 70, 1. Änderung (Katholische Kirche)
- 6.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 70, 1. Änderung (Katholische Kirche) - Abwägung
.1
- 6.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 70, 1. Änderung (Katholische Kirche) - Änderung der Baugrenze/Abwägung
.2
- 6.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 70, 1. Änderung (Katholische Kirche) - Satzungsbeschluss
.3
- 6.1.2 **Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 17.10.2012**
- 6.1.2.1 Zuschussantrag der Katholischen Pfarrgemeinde St. Bonifatius Varel für den Neubau des Katholischen Kindergartens
- 7 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 8 **Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Varelser Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsfrauen Toepler und Vollmer sowie die Ratsherren Brumund, Schmidt und Dr. Seelig entschuldigt fehlen.

2 **Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

Der Tagesordnungspunkt 6.1.2 wird einvernehmlich vor dem Tagesordnungspunkt 6.1.1 behandelt.

3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 27.09.2012**

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 27.09.2012 wird einstimmig genehmigt.

4 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

5 **Neubesetzung von Ausschüssen (§ 71 Abs. 9 NKomVG)** **Vorlage: 447/2012**

Die Gruppe SPD/CDU/FDP schlägt gem. § 71 Abs 9 Satz 3 Ziffer 1 NKomVG folgende Umbesetzung von Ausschüssen vor:

1. **Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr**
Ausschussmitglied: Jörg Weden für Cornelia Papen
2. **Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales**
Ausschussmitglied: Cornelia Papen für Jörg Weden
stellv. Ausschussmitglied: Jörg Weden für Cornelia Papen

Beschluss:

Die geänderte Ausschussbesetzung wird wie folgt festgestellt:

Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr

Mitglieder:

Vorsitzender:

Ralle, Georg

stellv. Vorsitzender:

Recksiedler, Raimund

Weden, Jörg

Rathkamp, Jürgen

Brumund, Dirk

Vollmer, Elke

Hinz, Christoph

Böcker, Rudolf

Schwärmer, Steffen

Mahouachi, Abbas

Vertreter:

Biebricher, Sascha

Bruns, Jürgen

Müller, Alfred

Redeker, Bernd

Nieraad, Peter

Kühne, Lars

Meinen, Djure

Köhler, Bernd

Kickler, Jörn

Dr. Seelig, Marko Alexander

Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales

Mitglieder:

Vorsitzender:

Boyken, Heinz Peter

stellv. Vorsitzende:

Toepler, Maren-Susan

Dr. Engstler, Susanne

Eilers, Hergen

Vollmer, Elke

Biebricher, Sascha

Schmidt, Sebastian

Papen, Cornelia

Langer, Walter

Schwärmer, Steffen

Vertreter:

Mahouachi, Abbas

Funke, Karl-Heinz

Brumund, Dirk

Nieraad, Peter

Kühne, Lars

Weden, Jörg

Weikert, Dorothea

Brunns, Jürgen

Köhler, Bernd

Chmielewski, Iko

Einstimmiger Beschluss

6 Berichte und Anträge der Ausschüsse

6.1 Verwaltungsausschuss vom 18.10.2012 (nur TOP 9.1.1 und 7.1.1)

6.1.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 10.10.2012

6.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 70, 1. Änderung (Katholische Kirche)

6.1.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 70, 1. Änderung (Katholische Kirche) - Abwägung Vorlage: 390/2012

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 10.10.2012 anliegende Abwägung wird zum Beschluss erhoben.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 26 Nein: 2

6.1.1.1.2 Bebauungsplan Nr. 70, 1. Änderung (Katholische Kirche) - Änderung der Baugrenze/Abwägung Vorlage: 413/2012

Beschluss:

Die durch die Änderung der Baugrenzen Betroffenen haben keine Einwände ge-

gen diese Änderung erhoben. Diese Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Es verbleibt bei den geänderten Baugrenzen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 26 Nein: 2

6.1.1.1.3 Bebauungsplan Nr. 70, 1. Änderung (Katholische Kirche) - Satzungsbeschluss
Vorlage: 414/2012

Beschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 70, 1. Änderung inklusive Begründung wird als Satzung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 26 Nein: 2

6.1.2 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 17.10.2012

6.1.2.1 Zuschussantrag der Katholischen Pfarrgemeinde St. Bonifatius Varel für den Neubau des Katholischen Kindergartens
Vorlage: 401/2012

Die Fraktion MMW sieht sehr wohl die Notwendigkeit für die Planung eines neuen Kindergartens und spricht sich auch für den Bau auf dem Gelände der Katholischen Kirche aus. Allerdings ist ihres Erachtens die Höhe des Zuschusses relativ hoch. Die Stadt ist der Gesellschaft verpflichtet, nicht sorglos mit dem Geld umzugehen. Sie sehen sich nicht in der Lage, in der Kürze ausreichend zu prüfen, ob die Höhe angemessen ist. Außerdem kritisierten sie die Abschreibung des Rückzahlungsanspruchs über 25 Jahre und sprechen sich hier für eine Verlängerung auf 50 Jahre aus. Grundsätzlich halten sie den hier geplanten hohen Standard für begrüßenswert, allerdings muss die Stadt dieses auch finanziell durchhalten können. Das Raumangebot wird zum früheren Kindergarten fast verdoppelt und ist damit fast gleich groß wie das Raumangebot des städtischen Kindergartens für doppelt soviel Gruppen. Stellv. Bürgermeister Chmielewski weist darauf hin, dass andere Kommunen vergleichbare Kindergärten zu einem Preis von 1,1-1,3 Mio. € gebaut haben. Aus Sicht der Fraktion MMW besteht hier noch Beratungsbedarf, sie beantragen daher den Beschluss bis zur nächsten Ratsitzung zurückzustellen. Es wäre erforderlich gewesen, sich vorher mit Alternativen zu beschäftigen, außerdem kritisieren sie den mangelnden Willen an Kooperation der Katholischen Kirche.

Auch Ratsherr Bruns sieht, dass die Baukosten relativ hoch sind, allerdings wurde dieses bereits im Fachausschuss ausreichend diskutiert. Daneben muss gesehen werden, dass durch den Neubau zusätzliche Krippenplätze und die Möglichkeit von Ganztagsangeboten geschaffen werden. Die Planungen entsprechen dem heutigen Standard und der Konzeption einer guten Kinderbetreuung. Es ist der Standard der Zukunft und es ist wünschenswert, dass auch die anderen Kindergärten langfristig auf diesen Standard gebracht werden. Allerdings ist es mit einem großen finanziellen Aufwand der Stadt verbunden. Bei der Betrachtung der Kosten

ist aber auch zu bedenken, dass beim alten Katholischen Kindergarten eine Dachsanierung für 100.000-150.000 € notwendig gewesen wäre. Mit dem Neubau ist der Kindergarten räumlich und energetisch auf dem neusten Stand. Aus Sicht der Mehrheitsgruppe SPD/CDU/FDP sollte der Beschluss heute gefasst werden, da die Fördermittel zum Ende des Jahres auslaufen und daher Eile geboten ist. Außerdem muss es Ziel der Stadt sein, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz zum 01.08.2013 erfüllen zu können.

Ratsherr Böcker hält den Zuschuss der Stadt in Höhe von ca. 580.000 € für zu hoch und für nicht realisierbar. Er wird dem Beschluss nicht zustimmen, um ein Zeichen zum Umdenken zu setzen. Aus seiner Sicht müsste die Stadt wesentlich stärker in die Planung, Ausschreibung und Vergabe eingebunden sein, da sie 90 % der Kosten trägt. Ratsherr Böcker hält ein Holz-Gebäude nicht für ideal, denn es birgt hohe Folgekosten. Seines Erachtens hätte auch geprüft werden müssen, ob nicht die Möglichkeit besteht, den Kindergarten in einer zukünftig nicht mehr genutzten Schule unterzubringen.

Ratsherr Langer spricht sich auch gegen diesen Beschluss aus, betont aber, dass es nicht gegen den Kindergarten gerichtet ist. Für ihn ist es eine Entscheidung nach genauer Abwägung. Die Ablehnung ist in der Haltung der Kirche begründet. Er hätte sich eine Abschreibung auf 50 Jahre und ein Entgegenkommen der Kirche gewünscht.

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL spricht sich ebenfalls für eine Zurückstellung des Beschlusses aus, da aus ihrer Sicht noch einige Fragen ungeklärt sind. Ratsherr Boyken bittet um Antworten auf folgende Fragen bzw. Anregungen:

1. Ihm wurde zugetragen, dass in Großenmeer ein Kindergarten für 750.000 € für 60 Kinder gebaut wurde. Warum ist in Varel dieses doppelt so teuer?
2. Hat der Landkreis der Kreditaufnahme zugestimmt?
3. Ein Investitionskostenzuschuss ist seines Erachtens auf eine zweckmäßige Bauausführung mit den Mindestanforderungen begrenzt. Ratsherr Boyken vermisst eine Diskussion hierüber im Fachausschuss.
4. Es besteht aus Sicht der Fraktion ZUKUNFT VAREL ein hohes Risiko, dass die Kosten sich weiter erhöhen. Es müsste daher sichergestellt werden, dass der Zuschussbetrag nicht überschritten wird.
5. Varel Handwerker sollten mit dem Bau beauftragt werden.
6. Wann laufen die Fördermittel aus?
7. Welche Kosten entstehen für die Stadt Varel, wenn nicht rechtzeitig die Krippenplätze fertig gestellt werden?

Die CDU-Fraktion wird dem Beschluss zustimmen, da sie es für eine gute Entscheidung für die Eltern und Kinder des Kindergartens und der Krippe des Katholischen Kindergartens halten. Sie bekennen sich eindeutig zu dem Partner Katholische Kirche. Gleichfalls ist es eine gute Entscheidung für den Wohnstandort Varel. Allerdings üben auch sie Kritik an den hohen Kosten, aus ihrer Sicht hätte es durchaus möglich sein müssen, 100.000 – 200.000 € einzusparen. Dieses wurde aber im Fachausschuss ausführlich diskutiert. Die hohen Kosten sind in den heute erforderlichen Standards begründet. Eine heutige Ablehnung könnte nicht garantieren, dass es dann später zu einem besseren Ergebnis kommt, daher werden sie zustimmen. Aufgrund der befristeten Zuschussmittel drängt die Zeit. Insgesamt kann es so gesehen werden, dass die Stadt für einen Betrag von 580.000 € einen völlig neuen Kindergarten mit den neusten Standards bekommt. Dieses Geld wäre auch erforderlich gewesen, um den alten Kindergarten auf diesen neuen Standard zu bringen. Bezüglich des Abschreibungszeitraums über 25 Jahre hat die Kirche signalisiert, dass sie nicht bereit ist, diesen zu verlängern. Ratsherr Eilers hat aber

keine Zweifel daran, dass die Katholische Kirche auch über die 25 Jahre hinaus dieses Gebäude als Kindergarten nutzen wird. Die CDU-Fraktion hält es daher für richtig, heute positiv über den Beschluss zu entscheiden.

Ratsherr Meinen weist drauf hin, dass er entgegen seinen Gruppenkollegen dem Beschluss zustimmen wird, auch wenn ihm die Handlungsweise der Katholischen Kirche nicht gefallen hat. Aus seiner Sicht ist es der Stadt Varel nicht möglich, günstiger an einen neuen Kindergarten zu kommen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass ein Einvernehmen mit dem Landkreis über die Kreditaufnahme besteht. Auch für den Landkreis hat diese Maßnahme oberste Priorität und ist Pflichtaufgabe der Stadt. Der Landkreis weist allerdings hinsichtlich der Kreditaufnahme darauf hin, dass dann andere Maßnahmen hinten angestellt werden müssen.

Die Kosten, die dann entstehen würden, wenn bis zum 01.08.2013 nicht ausreichend Krippenplätze zur Verfügung gestellt werden können, sind nur schwierig zu beziffern. Die Stadt müsste in dem Fall Schadensersatz leisten, das heißt gegebenenfalls die höheren Kosten für eine private Betreuung übernehmen.

Die hohen Kosten für den Neubau des Kindergartens sind in den neuen, zukunftsorientierten Standards begründet. Die Fördermittel sind im Bewilligungsbescheid zeitlich dahingehend begrenzt, dass die Betriebserlaubnis für den Kindergarten und die Abrechnung der Baukosten bis zum 01.11.2013 vorliegen muss.

Ratsfrau Papen bestätigt, dass die Kosten für nicht zur Verfügung gestellt Krippenplätze nur sehr spekulativ beziffert werden können. Es ist auch wichtig, zeitnah über den Antrag zu beschließen, denn die Förderrichtlinien sehen zukünftig eine geringere Förderung von Krippenplätzen vor.

Ratsfrau Dr. Engstler gibt zu Bedenken, dass der Katholische Kindergarten die Unterstützung der Stadt braucht. Im ersten Schritt hat es eine große Spendenbereitschaft für den Kindergarten gegeben. Jetzt ist der zweite Schritt mit dem Neubau für einen Zuschuss in Höhe von ca. 580.000 € erforderlich. Für dieses Geld kann keine Kommune einen Kindergarten mit zwei Gruppen und einer Krippengruppe bauen. Es ist aufgrund der Fördermittel notwendig, zeitnah über diesen Zuschuss zu beschließen, da ansonsten Fördermittel verloren gehen. Außerdem ist die Stadt verpflichtet bis zum 01.08.2013 genügend Krippenplätze anzubieten.

Die Fraktion MMW beantragt, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass der Rückzahlungsanspruch auf 50 Jahre abzuschreiben ist. Solange das Gebäude steht, sollte die Stadt auch ein Recht auf Nutzung haben.

Ratsherr Funke sieht ein Einvernehmen im Rat dahingehend, dass der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz rechtzeitig erfüllt werden muss. Er kann aber auch die verstehen, die sagen, die Entscheidung ist zu kurzfristig. Aus seiner Sicht sind Alternativen nicht ausreichend geprüft worden, z. B. die Alternative Seilerweg. Die Eile besteht, weil bis zum 01.11.2013 der Betrieb des Kindergartens aufgenommen sein muss. Aus seiner Sicht könnte dieses Ziel aber auch noch erreicht werden, wenn der Beschluss in der nächsten Ratsitzung am 13.12.2012 gefasst wird. Vielleicht ist es möglich, bis dahin die meisten Bedenken noch auszuräumen.

Ratsherr Funke hätte auch eine Abschreibung des Rückzahlungsanspruchs auf 50 Jahre begrüßt. Bezüglich der Aufforderung des Landkreises, andere Maßnahmen zugunsten dieser Kreditaufnahme zurückzustellen, fordert er den Rat auf, sich intensiv mit alternativen Einsparmöglichkeiten im Bereich der freiwilligen Aufgaben zu befassen. Insgesamt wird Ratsherr Funke dem Beschluss zustimmen, wenn auch mit Bedenken.

Bürgermeister Wagner erläutert nochmals, dass die Katholische Kirche nicht bereit war, den Abschreibungszeitraum auf 50 Jahre zu erhöhen. Allerdings kommen sie dafür der Stadt im Bereich der Fachpersonalkosten entgegen. Er sieht keine Möglichkeit, durch weitere Verhandlungen mit der Kirche zu einem anderen Ergebnis zu kommen und plädiert daher dafür, heute zu beschließen. Jede Woche zählt, um den Termin 01.11.2013 einhalten zu können.

Zunächst wird über den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MMW und den Antrag auf Änderung des Beschlusses abgestimmt.

Beschluss 1:

Die Beschlussfassung wird bis zur nächsten Sitzung des Rates zurückgestellt.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 11 Nein: 17

Beschluss 2:

Der Beschlussvorschlag wird dahingehend geändert, dass der Rückzahlungsanspruch auf 50 Jahre abzuschreiben ist.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 11 Nein: 16 Enthaltungen: 1

Beschluss 3:

Die Stadt Varel gewährt der Katholischen Pfarrgemeinde St. Bonifatius Varel einen Investitionszuschuss in Höhe von 90 % der um die Gebäudeversicherungssumme (740.846,00 €), der Inventarversicherungssumme und der Landesförderung nach dem RIK (217.500,00 €) bereinigten Gesamtbaukosten.

Die Gesamtbaukosten einschließlich Ausstattungskosten werden mit 1.530.000,00 € veranschlagt.

Eine Berücksichtigung der Kosten für den Einbau eines Fahrstuhls erfolgt nur, soweit dieser baurechtlich vorgeschrieben wird.

Für den Investitionszuschuss besteht für die Stadt Varel ein Rückzahlungsanspruch. Der Rückzahlungsanspruch ist auf 25 Jahre abzuschreiben. Der Rückzahlungsanspruch ist dinglich im Grundbuch abzusichern.

Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 zu veranschlagen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 19 Nein: 8 Enthaltungen: 1

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

8 Anträge und Anfragen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 19:50 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)